

**Freie Hansestadt Bremen  
Ortsamt Horn-Lehe**

**PROTOKOLL**

der öffentlichen Fachausschusssitzung Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
10. September 2018	18:30 Uhr	21:25 Uhr	Diele des Ortschaftes

**TEILNEHMER\_INNEN**

**ORTSAMT** : Olga Rudi, Vorsitz + Protokoll

**BEIRAT/AUSSCHUSS** : Barnabás Adam, Markus Bersebach,  
Ulf-Brün Drechsel (bis 19:45 Uhr), Dr. Harald Graaf (Vertretung für  
Claus Gülke), Thomas Hanke, Peter Müller (ab 19:20 Uhr),  
Manfred Steglich.

**GÄSTE** : Wilfried Döscher (Bremischer Deichverband am rechten  
Weserufer)  
Thomas Knode (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)  
Kai Koopmann (Polizei)

**TAGESORDNUNG:**

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolles der Sitzung vom 11.06.2018
3. Schutz der Bäume im Achterdiek
4. Sanierung des Rhododendronweges
5. Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung
6. Stadtteilbudget
7. Anträge:
  - Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion: „Bäume vor ruhendem Verkehr schützen“
  - Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion: „Parkplatzdimensionen an vorgeschriebene Mindestbreiten anpassen“
  - Antrag der CDU-Fraktion: „Schaltung der Fußgängerampeln an der Lilienthaler Heerstraße“
  - Antrag der CDU-Fraktion: „Freigabe der generellen Bejagung von Nutrias in Bremen“
  - Antrag der SPD-Fraktion: „Finanzierung einer Umbaumaßnahme des Zebrastreifens in der Leher Heerstraße aus dem Stadtteilbudget für mehr Sicherheit
  - Antrag der SPD-Fraktion: „Finanzierung einer Aufstellung von zwei Verkehrsschildern an den beiden Einfahrten zum Kleingartengebiet am Mühlenviertel (Beste Jung Weg)
8. Bürgerantrag zur Installation einer festen Messstation zur Überwachung der Luftqualität
9. Bürgerantrag zur Beibehaltung des Halteverbotes im Einmündungsbereich Vorstraße/Im Deichkamp
10. Berichte des Amtes
11. Mitteilungen des stellv. Ausschusssprechers
12. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder wurden per E-Mail vom 03.09.2018 zur Sitzung eingeladen.

**Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung**

Frau Rudi begrüßt die Ausschussmitglieder, die Referenten und die Gäste und erklärt, dass der CDU-Antrag zur Bejagung von Nutrias (7.4) und der informative Vortrag dazu von Herrn Döscher vom Deichverband aus zeitlichen Gründen vorgezogen werden sollen.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird mit der vorgeschlagenen Änderung genehmigt.  
**(einstimmig)**

## Zu TOP 2: **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.04.2018**

<b>Beschluss:</b> Das Protokoll der Sitzung vom 11.06.2018 wird ohne Änderungen und/oder Ergänzungen genehmigt. <b>(einstimmig)</b>
---

### Zu 7.4 **Antrag der CDU-Fraktion: „Freigabe der generellen Bejagung von Nutrias in Bremen“**

Der Antrag wird vorgezogen, weil Herr Döscher vom Bremischen Deichverband am rechten Weserufer zeitlich eingebunden ist.

Herr Döscher positioniert sich in seinem kurzen Vortrag für die Bejagung von Nutrias. Er erklärt, dass die Tiere durch das Unterwühlen der Deiche diese zerstören würden, so dass der Deichschutz nicht mehr gewährleistet wäre. Darum möchte der Deichverband, dass die Nutrias unbedingt ins Jagdrecht aufgenommen werden. Niedersachsen sei stärker von der Ausbreitung der Tiere betroffen und hätte deshalb bereits den Nutria ins Jagdrecht aufgenommen.

Herr Drechsel fragt nach, wie der erwähnte Ausrottungsprozess verlaufen würde und wer für die Kosten aufkomme.

Herr Döscher erklärt, dass durch permanente Bejagungsmöglichkeit keine explizite Jagdzeit bestehe. Die Jäger würden die Tiere abschießen, außerdem würden Fallen aufgestellt. Der Deichverband unterstützt die Jäger in Form einer sogenannten Schwanzprämie – die Jäger erhalten für jedes erlegte Tier sechs Euro. Das seien die Kosten für die verbrauchte Patrone.

Herr Steglich gibt zu bedenken, dass wissenschaftliche Studien besagen, dass Bejagung der Tiere nicht wirksam wäre.

Herr Döscher erklärt, dass solche Maßnahmen wie versteinerte Ufer Unsinn seien, genauso seien Stahlwände kein Mittel gegen die Nutrias und Sterilisation wäre ebenfalls kein Bekämpfungsmittel, weil die Tiere sich zu schnell vermehren würden.

#### **Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe möge beschließen:**

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, umgehend die generelle Bejagung von Nutrias freizugeben.

**Begründung:** Nutrias vermehren sich in Bremen rasant. Vor allem im Niederblockland und am Hodenberger Deich hat sich die aus Südamerika stammende Biberratte ausgebreitet. Die bis zu 14 Kilogramm schweren und eine Körperlänge von Hundert Zentimeter erreichenden Tiere durchlöchern die Deiche und verursachen dabei erhebliche Schäden. Sie sind in der Lage, ganze Schilfbestände innerhalb kürzester Zeit abzufressen und zu zerstören. Des Weiteren verursachen sie auch massive Schäden in der Landwirtschaft, gefährden durch Unterwühlung der Uferbereiche Menschenleben und können bei weiterer Verbreitung einen negativen Einfluss auf geschützte Arten ausüben. Aufgrund ihrer rasanten Vermehrung kann man ihnen nur durch eine generelle Bejagung, auch der Muttertiere, entgegenzutreten: Innerhalb von drei Jahren kann ein einzelnes Paar bis zu sechzehntausend Nachkommen produzieren. Dabei können sich bereits fünf Monate alte Jungtiere fortpflanzen.

Obwohl die Nutrias laut EU-Verordnung Nummer 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten mit allen Mitteln bekämpft werden sollen, dürfen Nutrias in Bremen bislang nicht bejagt werden. Bremen hat diese Verordnung immer noch nicht umgesetzt und hat bislang nur wenige Sondergenehmigungen zur Bejagung erteilt. Beide Bremer Deichverbände haben daher inzwischen einen Antrag auf Bejagung gestellt. Dies ist im umliegenden Niedersachsen bereits die Realität, indem dort eine ganzjährige Jagdzeit der Nutrias ohne Muttertierschutz besteht.

<b>Beschluss:</b> Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, umgehend die generelle Bejagung von Nutrias freizugeben. <b>(3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)</b>
---

### Zu TOP 3: Schutz der Bäume im Achterdiek und Bänke im Hollergrund

Dieser Thematik liegt der Beschluss des Fachausschusses vom 16. November 2017 zugrunde, in dem der Schutz der Straßenbäume auf der östlichen Seite des Achterdieks zwischen Marcusallee und Bahnunterführung durch Schutzbügel wirksam vor parkenden Kraftfahrzeugen beschlossen wurde.

Herr Knode erklärt, um diesen Schutz zu gewährleisten, müssten Findlinge positioniert werden. Holzpoller vermoderten viel zu schnell und der Untergrund lasse das Aufstellen von Eisenpollern nicht zu. Das Aufstellen von Schutzbügel sei hier ebenfalls nicht möglich. Darum empfiehlt Herr Knode in diesem Bereich das Aufstellen von Findlingen.

<b>Beschluss:</b> Der Fachausschuss aktualisiert seinen Beschluss vom 16.11.2017 und konkretisiert ihn dahingehend, dass zum Schutz der Bäume im Achterdiek Findlinge zu positionieren seien. <b>(Einstimmig)</b>
---

Zum Aufstellen der Bänke im Hollergrund erklärt Herr Knode, dass man nach Prüfung einige Standorte nicht mehr aufrechterhalten möchte. Es seien circa sechs bis acht Bänke auszutauschen. UBB finanziere jedoch nur zwei Bänke pro Jahr. Die Kosten für ein eine Bank (inklusive Aufbau auf festem Untergrund sowie einem Mülleimer) würden sich auf circa 3.200 Euro bis 3.400 Euro belaufen. Dabei seien die Kosten für die Instandhaltung noch nicht inbegriffen. Ein konkreter Kostenvoranschlag müsse nachgereicht werden.

Herr Hanke merkt an, dass der Zeitraum für die Finanzierung von sieben Bänken sich über drei Jahre hinausziehen würde – das sei ihm zu lang. Er fragt bei Herrn Knode nach, ob die senatorische Behörde drei Bänke bereits dieses Jahr finanziere, wenn der Beirat Horn-Lehe die Finanzierung der restlichen vier Bänke aus Mitteln des Stadtteilbudgets übernehme. Das bejaht Herr Knode.

Daraufhin formuliert Herr Hanke den Antrag zur Finanzierung von vier Bänken im Hollergrund.

<b>Beschluss:</b> Wenn der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr drei Bänke im Hollergrund noch dieses Jahr (2018) finanziert, übernimmt der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe die Finanzierung von vier Bänken aus Mitteln des Stadtteilbudgets. <b>(Einstimmig)</b>
---

### Zu TOP 4: Sanierung des Rhododendronweges

Herr Knode erklärt die Ausgangslage: Es läge ein einstimmiger Beschluss des Beirates Vahr zur Verbesserung der Verbindung für Fahrradfahrer/innen und zu Fußgänger zum Rhododendronpark vom 16. Mai 2018 vor. Der bestehende Weg von der Neuen Vahr Nord über den Vroni- und Rhododendronweg zum Rhododendronpark befinde sich in einem desolaten Zustand. Das betreffe sowohl den Belag als auch das Umfeld und die Beschilderung. Dabei müsse es aber Ziel sei, einen attraktiven und barrierefreien Anschluss der Neuen Vahr Nord an Horn herzustellen. Neben der Sanierung der Wege seien auch die Angsträume zu beseitigen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr teile die Auffassung.

Da es sich um eine Wegeverbindung im öffentlichen Grün handele, stünden dafür zunächst nur die jährlichen Investitionsmittel der Grünordnung zur Verfügung. Daraus alleine könne die Sanierung nicht finanziert werden. Herr Knode möchte sich dafür einsetzen, dass für 2019 eine 75 prozentige Kofinanzierung aus Entflechtungsmitteln eingeworben werde, die gegebenenfalls eine Gesamtfinanzierung ermögliche.

Für die kommende Deputationssitzung sei es notwendig, dass der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe mit der Sanierung des Fahrradweges einverstanden ist.

Für eine abschließende Entscheidung über eine finanzielle Unterstützung im Rahmen des Stadtteilbudgets sichert Herr Knode zu, den Kostenvoranschlag schnellstmöglich zu kommunizieren.

**Beschluss:** Der Fachausschuss unterstützt das Vorhaben zur Sanierung des Fahrradweges (Rhododendronweg).  
Er behält sich eine abschließende Entscheidung über eine finanzielle Beteiligung im Rahmen des Stadtteilbudgets bis zur Vorlage eines Kostenvoranschlages vor.

#### **Zu TOP 5: Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung**

Herr Erbo merkt an, dass hinter den Glascontainern in der Wilhelm-Röntgen-Straße wild Müll abgelagert wird. Herr Fietz ergänzt, dass die Kommunikation mit dem Entsorgungsbetrieb (hier Bremer Stadtreinigung) sehr schwierig sei, denn man erreiche die zuständige Behörde nicht am Telefon und die E-Mails werden nicht beantwortet.

Frau Rudi versichert bezüglich dieser Problematik bei der Bremer Stadtreinigung nachzufragen.<sup>1</sup>

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Ein Bürger berichtet, dass in der Straße Achterdiek Stahlmattenzäune mit Sichtschutzlamellen aufgestellt wurden – diese würden sehr stark die Sicht behindern, wenn man aus der Einfahrt auf die Straße rausfahren würde. Des Weiteren würden neue Bewohner der Hausnummer 68 widerrechtlich auf der Straße zwischen den Bäumen parken. Frau Rudi weist darauf hin, dass bezüglich dieser Problematik versucht wird, Klärung herbeizuführen.

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **Zu TOP 6: Stadtteilbudget**

Die Vorsitzende informiert die Ausschussmitglieder, dass dem Fachausschuss noch rund 88.000 Euro aus dem Stadtteilbudget zur Verfügung stünden.

Laut Auskunft vom Amt für Straßen und Verkehr sei die Maßnahme zur Absenkung der Bordsteine an Straßeneinmündungen im Kopernikusquartier bereits abgeschlossen.

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **Zu TOP 7: Anträge**

##### **7.1 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion: „Bäume vor ruhendem Verkehr schützen“**

Herr Müller trägt den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion dem Ausschuss und dem Publikum vor.

##### **Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe möge beschließen:**

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, im Bereich vor der Hausnummer 10 in der Fritz-Haber-Straße das widerrechtliche Parken im Wurzelbereich eines Baumes durch geeignete Sperrobjekte schnellst möglich zu unterbinden.

<sup>1</sup> Bremer Stadtreinigung sichert telefonisch am 23.10.2018 zu, sich ein Bild der Problematik vor Ort zu machen.

**Begründung:** Das Parken im Wurzelbereich des Baumes schädigt diesen durch Bodenverdichtung. Die Fläche um diesen Baum wurde daher auch nicht in die bauliche Parkplatzgestaltung einbezogen, sondern als Grünanlage angelegt.

**Beschluss:** Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, das widerrechtliche Parken im Wurzelbereich eines Baumes in der Fritz-Haber-Straße vor der Hausnummer 10 durch geeignete Sperrobjekte schnellst möglich zu unterbinden. **(einstimmig)**

## 7.2 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion: „Parkplatzdimensionen an vorgeschriebene Mindestbreiten anpassen“

Herr Müller trägt den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion dem Ausschuss und dem Publikum vor.

**Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe möge beschließen:**

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, eine Neukennzeichnung der Parkplätze in der Fritz-Haber-Straße auf mindestens 2,30 Meter Breite zu schaffen.

**Begründung:** Die vorhandenen mit Rotsteinen gepflasterten beiden Senkrechtparkanlagen entsprechen mit 1,91 bis 2,16 Metern Stellplatzbreite (plus neun Zentimeter weiß gepflasterten Markierungen zwischen den Stellplätzen) nicht der geltenden Richtlinie für die Anlage von Straßen (RASt).

Durch zu enge Parkplatzbreiten sind die baulich angelegten Senkrechtparkflächen in der Fritz-Haber-Straße nur eingeschränkt nutzbar. Manche Kraftfahrzeuge werden hier Parkmarkierungen überschreitend abgestellt, wodurch manche Parkplätze nicht mehr nutzbar sind, wenn die Parkflächen vollgestellt sind. Zudem ist es für größere Personenkraftwagen nicht immer möglich in die engen Parklücken einzuscheren.

**Beschluss:** Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, eine Neukennzeichnung der Parkplätze in der Fritz-Haber-Straße auf mindestens 2,30 Meter Breite zu schaffen. **(einstimmig)**

## 7.4 Antrag der CDU-Fraktion: „Schaltung der Fußgängerampeln an der Lilienthaler Heerstraße“

Herr Bersebach trägt den CDU-Antrag dem Ausschuss und dem Publikum vor.

**Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe möge beschließen:**

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Schaltung der Fußgängerampeln an der Lilienthaler Heerstraße Höhe Höger Weg dahingehend abzuändern, dass die drei Fußgängerampeln durchgehend rotes beziehungsweise grünes Lichtzeichen zeigen.

**Begründung:** Der Fußgängerüberweg besteht hier aus drei Abschnitten: Die erste Ampel regelt die Überquerung der stadtauswärtigen Fahrbahn. Auf dem nächsten Abschnitt fährt die Straßenbahn. Nähert sich eine durchfahrende Straßenbahn schaltet sich diese Ampel auf Rot. Danach folgt die dritte Ampel, die die Überquerung der stadteinwärtigen Fahrbahn regelt.

Momentan sind die Ampelschaltungen so programmiert, dass die zwei Ampeln, die die Überquerung der stadtauswärtigen und des stadteinwärtigen Fahrbahnen Grün zeigen können, die Ampel, die die Überquerung der Straßenbahnschienen regelt, aber gleichzeitig Rot zeigen kann.

Dies kann zu sehr gefährlichen Situationen insbesondere für Kinder führen.

Kinder sind sehr irritiert, wenn die erste Fußgängerampel für sie Grün zeigt, die zweite Ampel aufgrund der durchfahrenden Straßenbahn dann aber Rot zeigt. Es besteht die Gefahr, dass sie die dann diese rote Ampel übersehen. Eine Gefahrensituation besteht auch für Fahrradfahrer, die in einem Anhänger ihr Kind transportieren. Dann besteht, nachdem man die erste grüne Ampel überquert hat, auf dem schmalen Fußweg vor den Schienen kaum Platz für das Parken des Fahrradanhängers. Auch für Blinde stellt die rote Straßenbahnampel eine Gefahr dar.

Diese Gefahrensituationen können dadurch verhindert werden, dass die Ampeln so geschaltet sind, dass bei einer durchfahrenden Straßenbahn alle drei Ampeln durchgängig Rot zeigen.

Herr Müller und Herr Hanke stimmen zu, dass die Ampelschaltung eine Gefahr darstelle, aber gleichzeitig sei diese so geschaltet, dass man von beiden Straßenseiten kommend noch die Bahn erreiche.

Herr Bersebach schlägt vor, den Antrag zu einem Prüfauftrag abzuändern und diesen zur Prüfung an das Amt für Straßen und Verkehr zuzusenden.

**Beschluss:** Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe fordert die BSAG auf, die Schaltung der Fußgängerampel an der Lilienthaler Heerstraße (Höhe Höger Weg) zu prüfen, ob durchgehend rote beziehungsweise grüne Lichtzeichen angezeigt werden können. **(Einstimmig)**<sup>2</sup>

#### **7.5 Antrag der SPD-Fraktion: „Finanzierung einer Umbaumaßnahme des Zebrastreifens in der Leher Heerstraße aus dem Stadtteilbudget für mehr Sicherheit“**

Herr Hanke trägt den SPD-Antrag dem Fachausschuss und dem Publikum vor.

**Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe möge beschließen:**

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, für mehr Sicherheit am Zebrastreifen in der Leher Heerstraße eine Umbaumaßnahme des Zebrastreifens zu finanzieren.

**Begründung:** Die Verbesserung der Sicherheit könnte durch bestimmte Baumaßnahmen sichergestellt werden. Solche Maßnahmen wurden in Hamburg und Ahrensburg bereits umgesetzt und haben zur Beruhigung, sowie zu einer Verbesserung der Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit geführt.

Herr Müller befürwortet den Antrag, merkt aber an, dass es einen ähnlichen Antrag bereits gab. Darum wäre es in diesem Fall eher ein Prüfauftrag, ob der vorherige Beschluss umgesetzt wurde; Herr Bersebach und Herr Steglich schließen sich dem an.

**Beschluss:** Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe bekräftigt seinen einstimmig gefassten Beschluss vom 21. Dezember 2017 und fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die geforderten Maßnahmen sofort umzusetzen. **(4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)**

#### **7.6 Antrag der SPD-Fraktion: „Finanzierung einer Aufstellung von 2 Verkehrsschildern an den beiden Einfahrten zum Kleingartengebiet am Mühlenviertel (Beste Jung Weg)“**

Herr Adam trägt den SPD-Antrag dem Fachausschuss und dem Publikum vor.

**Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe möge beschließen:**

Der Fachausschuss fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, an den beiden Einfahrten zum Kleingartengebiet am Mühlenviertel (Beste Jung Weg) die Aufstellung von zwei Verkehrsschildern zu finanzieren.

**Begründung:** Die Kleingärtner bemängeln, dass das Befahren zu einem Sicherheitsrisiko geworden ist. Um die Sicherheit vor Ort wieder zu gewährleisten, wird durch die Beschilderung darum gebeten vom Fahrrad abzustiegen und zu schieben.

**Beschluss:** Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, an den beiden Einfahrten zum Kleingartengebiet am Mühlenviertel (Beste Jung Weg) die Aufstellung von zwei Verkehrsschildern zu finanzieren. **(3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)**

<sup>2</sup> Antwortschreiben des ASV vom 22.10.2018 als Anlage zum Protokoll

## **Zu TOP 8: Bürgerantrag zur Installation einer festen Messstation zur Überwachung der Luftqualität**

Herr Naumann beantragt die Installation einer festen Messstation zur Überwachung der Luftqualität oder mindestens die Durchführung eines Luft-Sondermessprogramms.

Aufgrund des extrem hohen Verkehrsaufkommens auf der „Stadtautobahn Lilienthaler Heerstraße“ sei die Luftqualität für Herrn Naumann als Fußgänger und Bürger im Stadtteil unerträglich geworden.

Verantwortlich dafür sei das extrem hohe Verkehrsaufkommen von täglich circa sechzigtausend bis siebzigtausend Kraftfahrzeugen, davon etwa zehn Prozent Lastkraftwagen.

Über die reale lufthygienische Situation sei mangels Messungen nichts bekannt und es sollte deshalb unbedingt belastbare Zahlen dazu geben.

Stickstoffdioxidbelastungen sowie Feinstaub würden die Bürger vor Ort massiv belasten, so beispielsweise auch Wartende an der Straßenbahnhaltestelle der Straßenbahnlinie vier, die den Abgasen des Verkehrs ausgesetzt seien, so Naumann.

Herr Naumann fordert sowohl die Politik als auch die Verwaltung auf, an den Belastungsschwerpunkten initiativ zu werden.

Nicht nur der täglich anfallende Personenkraftwagenverkehr verschlechtere signifikant die Luftqualität, sondern der stets zunehmende Fernlastschwerverkehr.

Herr Naumann verlange deshalb nach Schutz vor diesen Umweltbelastungen.

Der Bürgerantrag wurde am 04. September 2018 an die zuständige Behörde weitergeleitet. Am 07. September 2018 erfolgte eine Antwort der senatorischen Behörde für Umwelt, Bau und Verkehr.

2005 wurde ein „Screening der Luftschadstoffbelastung“ in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt Bremen durchgeführt. Darin wurden alle Straßen mit einem DTV (durchschnittlicher täglicher Verkehr) größer als sechstausend Kraftfahrzeuge pro Tag untersucht. Für den Bereich Horn-Lehe wurden in diesem Screening keine Überschreitungen der Grenzwerte für Stickstoffdioxid beziehungsweise Feinstaub festgestellt. Dabei ging die Lilienthaler Heerstraße mit einem DTV von maximal 25.300 Fahrzeugen im nördlichen Straßenabschnitt ein. Das Screening weist im Nahbereich dieses Straßenabschnittes eine Stickstoffdioxidkonzentration von 36 Mikrogramm pro Kubikmeter und eine Feinstaubkonzentration von 24 Mikrogramm pro Kubikmeter aus. Der Grenzwert für beide Schadstoffe von vierzig Mikrogramm pro Kubikmeter wurde damit deutlich unterschritten. Inzwischen hat sich die allgemeine Fahrzeugflotte in der Abgastechnik verbessert, und es liegen neue Verkehrsdaten für die Hauptverkehrsstraße vor. Aus diesem Grunde wird zurzeit das Screening aktualisiert. Das Gutachten wird voraussichtlich Anfang 2019 vorliegen. Durch die Verbesserung der allgemeinen Fahrzeugflotte und die aktuellen Verkehrszahlen, die sich zu 2005 nicht relevant verändert haben, ist auch aktuell nicht mit einer Überschreitung von Grenzwerten zu rechnen.

Generell liegt im Bereich Lilienthaler Heerstraße eine geringe Hintergrundbelastung von Feinstaub und Stickoxiden vor. Zusätzlich führt eine lockere Randbebauung zu einem ausreichenden Luftaustausch, der eine Anreicherung von Luftschadstoffen wie in innerstädtischen Straßenschluchten verhindert. Aus den genannten Gründen wird derzeit kein Anlass gesehen, eine Luftmessstation einzurichten oder ein Sondermessprogramm durchzuführen.

Diese Antwort der senatorischen Behörde wurde per E-Mail am 10.09.2018 an den Antragsteller weitergeleitet.

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

## **Zu TOP 9: Bürgerantrag zur Beibehaltung des Halteverbotes im Einmündungsbereich Vorstraße/Im Deichkamp<sup>3</sup>**

Frau Dr. Ingeborg Grell-Büchtmann und Herr Büchtmann beantragen das uneingeschränkte Bestehenbleiben des absoluten Halteverbots im Einmündungsbereich in der Vorstraße/Im Deichkamp.

An der Ecke Vorstraße/Im Deichkamp ist zurzeit ein absolutes Halteverbot zwanzig Meter in der Vorstraße und im Deichkamp durch das Amt für Straßen und Verkehr eingerichtet. Hiermit wird der Lieferverkehr bei den Bauarbeiten an der KiTa im Ledaweg ermöglicht. Dieses Halteverbot ist entsprechend auf Hauptarbeitszeiten und bis zum 31. Oktober 2018 beschränkt.

Die Einmündung ist ein kritischer Verkehrspunkt. Das Problem hat sich nach dem Bau und Bezug der Kuhlweinsiedlung verstärkt, da dadurch der Verkehr an allen Tagen stark zugenommen hat. Der Deichkamp hat nur eine Fahrbahnbreite von fünf Meter fünfunddreißig inklusive Rinnsteine. Bei parkenden Personenwagen ist also auch bei entgegenkommenden Fahrrädern ein Ausweichen in Parklücken notwendig. Eine Vorfahrtgewährung beim Einbiegen von der Vorstraße in den Deichkamp war bei im Deichkamp an der Ecke geparkten Fahrzeugen nicht möglich. Auch wenn die von der Straßenverkehrsordnung vorgeschriebenen fünf Meter Abstand von der Ecke eingehalten wurden, war ein Einbiegen in den Deichkamp nur möglich, wenn man so weit schräg im linken Fahrbahnbereich fuhr, dass ein entgegenkommendes Fahrzeug nicht mehr passieren konnte.

Für die Einbiegenden war das Zurücksetzen in die Vorstraße wegen der fehlenden Einsehbarkeit risikoreich. Oftmals war das Zurücksetzen durch nachfolgende Fahrzeuge versperrt. Hierdurch ergab sich die Situation, dass beim Einbiegen mehrere entgegenkommende Fahrzeuge abgewartet werden mussten, auch wenn diese in erheblichem Abstand aufeinander folgten. In dieser Zeit war für die Fahrzeuge auf der Vorstraße eine Fortsetzung ihrer Fahrt in gerader Richtung nicht möglich, da das einbiegende Fahrzeug die Weiterfahrt versperrte.

Seit der Einrichtung des Halteverbots zwanzig Meter in den Deichkamp ist die Passierbarkeit dieser Kreuzung für alle Verkehrsteilnehmer, insbesondere für Kraftfahrzeuge, deutlich entspannter. Es sind zwar zwei Parkplätze entfallen, aber jetzt kann man gerade in den Deichkamp fahren und auf den entgegenkommenden Verkehr reagieren.

Ein Problem besteht zurzeit darin, dass das Halteverbot nur auf Hauptarbeitszeiten beschränkt ist. Das absolute Halteverbot muss bestehen bleiben, und die Einschränkung auf Montag bis Freitag von sieben bis siebzehn Uhr entfallen.

Den Antrag haben 31 Unterstützer unterschrieben.

**Beschluss:** Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe unterstützt den Bürgerantrag zur Beibehaltung des Halteverbotes im Einmündungsbereich Vorstraße/Im Deichkamp von Frau Dr. Ingeborg Grell-Büchtmann und Herrn Jochen Büchtmann und fordern den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. **(einstimmig)**

## **Zu TOP 10: Berichte des Amtes<sup>4</sup>**

10.1 Anhörung zur Verkehrsordnung in der Mary-Astell-Straße, Parken gegenüber einer Stichstraße. Da es aufgrund des Parkens in der Mary-Astell-Straße in Höhe der Einmündung Mary-Somerville-Straße in Fahrtrichtung Spittaler Straße regelmäßig zur Verkehrsbehinderungen kommt, wird von der Polizei Bremen (S 64 Polizeirevier Horn) vorgeschlagen ein Halteverbotsverkehrszeichen vor der Einmündung aufzustellen und es an der Einmündung Spittaler Straße auslaufen zu lassen, um das Parken innerhalb des Schnittpunktes (was ohnehin nicht erlaubt ist) abzudecken.

<sup>3</sup> Rückmeldung vom Amt für Straßen und Verkehr am 09. Oktober 2018 per E-Mail: Die Maßnahme werde in Kürze angehört und wenn nichts aus der Sicht der Polizei und der Straßenerhaltung sprechen sollte, werde die Maßnahme umgesetzt.

<sup>4</sup> Wie in der Sitzung besprochen, erhalten die Fachausschussmitglieder Kenntnis über die übrigen Punkte (ab 10.3) zu TOP 10 Berichte des Amtes im Protokoll; aufgrund der vorangeschrittenen Zeit war es nicht mehr möglich, diese in der Sitzung vorzutragen.



**Beschluss:** Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe befürwortet **einstimmig**, ein Halteverbot in Höhe der Einmündung Mary-Somerville-Straße in Fahrtrichtung Spittaler Straße aufzustellen und es an der Einmündung Spittaler Straße auslaufen zu lassen, um das widerrechtliche Parken innerhalb des Schnittpunktes abzudecken.

- 10.2 Anhörung zur Verkehrsanordnung in der Mary-Astell-Straße, Beschwerde zur Parksituation. Die Polizei berichtet von Schwierigkeiten hinsichtlich der Einsehbarkeit des Stichweges (Radwegeverbindung) in Fahrtrichtung Spittaler Straße. Zur Vermeidung von Gefahrensituationen oder potentiellen Unfällen wird vorgeschlagen das Halteverbot etwas früher beginnen zu lassen.

**Beschluss:** Der Fachausschuss Umwelt und Verkehr des Beirates Horn-Lehe hat **einstimmig** beschlossen, dem Vorschlag des Antragstellers zu folgen und das Halteverbot vor dem Stichweg (Radwegeverbindung) in Fahrtrichtung Spittaler Straße etwas früher beginnen zu lassen.

- 10.3 Der Platz am Ende der Karl-Ferdinand-Braun-Straße vor dem Sitz der Firma OHB wird zu Ehren des Ingenieurs und Bremer Unternehmers und Stifters in „Manfred-Fuchs-Platz“ umbenannt. Das hat der Senat in seiner Sitzung am 4. September 2018 beschlossen; der Beirat hatte bereits im Vorfeld dem Vorschlag zugestimmt.
- 10.4 Fällung von drei Eichen mit Stammumfängen von 1,20 Meter, 1,26 Meter und 1,96 Meter auf dem Grundstück Emmy-Noether-Straße Flurstück 126/410. Auf dem genannten Grundstück ist spätestens bis zum 01.04.2020 folgende Ausgleichpflanzung durchzuführen: drei großkronige standortheimische Laubbäume der Arten Eiche, Linde, Hainbuche oder Ahorn der Qualität 16–18 Zentimeter Stammumfang.
- 10.5 Entlassung von zwei Robinien mit Stammumfängen von 1,25 Meter und 1,88 Meter auf dem Grundstück Berckstraße 50 zwischen Privatgarten und den Bahngleisen (Eigentum der Deutschen Bahn)
- 10.6 Fällung von vier Holländischen Linden auf dem Grundstück Anne-Conway-Straße vor 11–17
- 10.7 Verkehrsanordnung in der Straße Am Herzogenkamp für beide Fahrtrichtungen: In der Zeit vom 13.08.2018 bis 31.10.2018 wird eine Inlinersanierung durch die Firma Aarsleff Rohrsanierung GmbH durchgeführt
- 10.8 Verkehrsanordnung in der Mary-Astell-Straße auf dem Teilstück zwischen Kremser Straße und Spittaler Straße: In der Zeit vom 20.08.2018 bis 30.09.2018 wird durch die Firma Kamü Bau GmbH ein Gebäude gebaut. Dadurch kommt es zu einer Verengung der Fahrbahn – verbleibende Breite der Fahrbahn: drei Meter
- 10.9 Verkehrsanordnung in der Horner Heerstraße auf dem Teilstück zwischen Marcusallee und Riensberger Straße: In der Zeit vom 03.09.2018 bis 07.09.2018 jeweils in der Zeit von 00:00 Uhr bis 05:00 Uhr finden Baumschnittarbeiten statt
- 10.10 Aufgrund einer Beschwerde von einer Anwohnerin über die Lärmbelästigung ausgegangen von einem Glascontainer in der Straße Helmer wurde von der Stadtreinigung mitgeteilt, dass vor Ort geprüft werden müsse, ob eine unmittelbare ortsnahe Versetzung des Containers überhaupt möglich sei

- 10.11 Meldung einer aufmerksamen Anwohnerin zur Parksituation an der Ecke Robert-Bunsen-Straße/Wilhelm-Röntgen-Straße: Personenkraftwagen und Transporter parken in der Parkverbotszone. Weiterleiten der Beschwerde an die Bußgeldstelle, Ordnungsamt
- 10.12 Auf die Nachricht vom Bewohnerbeirat im Johanniterhaus bezüglich der nicht behindertengerechte Überwege im Bereich der Leher Heerstraße gab es vom Amt für Straßen und Verkehr eine Antwort, dass eine umfangreiche Recherche erforderlich sei, die Ergebnisse der Prüfung werden umgehend an das Ortsamt weitergeleitet
- 10.13 Auf die Nachricht eines Bürgers bezüglich der „Umwidmung eines Rad-beziehungswiese Fußweges zu einem exklusiven Fußweg“ gab es vom Amt für Straßen und Verkehr eine Antwort, dass es diesbezüglich eine Verkehrsanordnung vom 19. Januar 2018 vorliege: „Der Gehweg in der Riensberger Straße besteht aus einer wassergebundenen Decke. In der Gehwegfläche stehen zum Teil große Bäume, so dass an einigen Stellen weniger als 0,60 Meter für die zu Fuß Gehenden zur Verfügung steht. Zu Fuß Gehende und besonders mobilitätseingeschränkte Menschen nutzen daher oft den asphaltierten Radweg und geraten in Konflikt mit dem Radverkehr. Die Riensberger Straße ist Bestandteil einer Tempo-30-Zone, sodass der Radverkehr auf der Fahrbahn stattfinden kann. Der asphaltierte Radweg soll daher zugunsten eines Gehweges aufgehoben werden
- 10.14 Eine Bürgerin beschwert sich über die Parksituation in der Leher Heerstraße 191. Es werde auf dem Fußweg geparkt. Die Beschwerde wurde vom Ortsamt an die Verkehrsüberwachung, Ordnungsamt weitergeleitet

#### **Zu TOP 11: Mitteilungen des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**

Herr Hanke möchte wissen, weshalb der UBB – entgegen des Beschlusses aus dem Ausschuss – Poller anstatt Fahrradbügel vor der Oberschule an der Ronzellenstraße zum Schutz der Baumwurzeln aufgestellt habe. Einer Kostenübernahme im Rahmen des Stadtteilbudgets habe keine Zustimmung gegeben.

Die Fachausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die Poller nun, nachdem sie bereits aufgestellt wurden, bleiben.

#### **Zu TOP 12: Verschiedenes**

Herr Müller macht den Vorschlag für den Fachausschuss Umwelt und Verkehr für das kommende Jahr 2019 sechs Termine einzuplanen, denn vier seien zu wenig – die Sitzungen würden jedes Mal zu lange dauern.<sup>5</sup>

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.
--

---

**Olga Rudi**

- Vorsitz und Protokollführung -

---

**Thomas Hanke**

- stellv. Ausschusssprecher -

---

<sup>5</sup> Im Jahr 2018 wurden aufgrund der Sitzungslänge bereits fünf Sitzungstermine geplant.